**Europäisches Parlament**
2019-2024

*Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres*

**2021/0427(COD)**

11.9.2023

# ***I
# ENTWURF EINES BERICHTS

über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bewältigung von Situationen der Instrumentalisierung im Bereich Migration und Asyl
(COM2021/0890 – C9-0474/2021 – 2021/0427(COD))

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Verfasser der Stellungnahme: Patryk Jaki

## *Erklärung der benutzten Zeichen*

| | |
|---|---|
| * | Anhörungsverfahren |
| *** | Zustimmungsverfahren |
| ***I | Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (erste Lesung) |
| ***II | Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (zweite Lesung) |
| ***III | Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (dritte Lesung) |

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der im Entwurf eines Rechtsakts vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

## *Änderungsanträge zu einem Entwurf eines Rechtsakts*

**Änderungsanträge des Parlaments in Spaltenform**

Streichungen werden durch ***Fett- und Kursivdruck*** in der linken Spalte gekennzeichnet. Textänderungen werden durch ***Fett- und Kursivdruck*** in beiden Spalten gekennzeichnet. Neuer Text wird durch ***Fett- und Kursivdruck*** in der rechten Spalte gekennzeichnet.

Aus der ersten und der zweiten Zeile des Kopftextes zu jedem der Änderungsanträge ist der betroffene Abschnitt des zu prüfenden Entwurfs eines Rechtsakts ersichtlich. Wenn sich ein Änderungsantrag auf einen bestehenden Rechtsakt bezieht, der durch den Entwurf eines Rechtsakts geändert werden soll, umfasst der Kopftext auch eine dritte und eine vierte Zeile, in der der bestehende Rechtsakt bzw. die von der Änderung betroffene Bestimmung des bestehenden Rechtsakts angegeben werden.

**Änderungsanträge des Parlaments in Form eines konsolidierten Textes**

Neue Textteile sind durch ***Fett- und Kursivdruck*** gekennzeichnet. Auf Textteile, die entfallen, wird mit dem Symbol ▌ hingewiesen oder diese Textteile erscheinen durchgestrichen. Textänderungen werden gekennzeichnet, indem der neue Text in ***Fett- und Kursivdruck*** steht und der bisherige Text gelöscht oder durchgestrichen wird.
Rein technische Änderungen, die von den Dienststellen im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes vorgenommen werden, werden allerdings nicht gekennzeichnet.

**INHALT**

**Seite**

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ..... 5

**ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS**

**zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bewältigung von Situationen der Instrumentalisierung im Bereich Migration und Asyl (COM2021/0890 – C9-0474/2021 – 2021/0427(COD))**

**(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)**

*Das Europäische Parlament*,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM2021/0890),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel xx des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0474/2021),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

– gestützt auf Artikel 59 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (A9-0000/2023),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

**Änderungsantrag 1**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Eine Situation der Instrumentalisierung von Migranten kann entstehen, wenn ein Drittland irreguläre ***Migrationsströme*** in die Union entstehen lässt, indem es Reisen von Drittstaatsangehörigen an die Außengrenzen, in ***sein*** Hoheitsgebiet oder aus ***seinem*** Hoheitsgebiet und weiter an die | (1) Eine Situation der Instrumentalisierung von Migranten kann entstehen, wenn ein Drittland ***oder ein nichtstaatlicher Akteur eine*** irreguläre ***Migration*** in die Union entstehen lässt, indem es ***bzw. er*** Reisen von Drittstaatsangehörigen ***oder Staatenlosen*** an die Außengrenzen, in ***das*** Hoheitsgebiet |

betreffenden Außengrenzen aktiv fördert oder erleichtert, wobei diese Handlungen auf die Absicht eines Drittlands hindeuten, die Union oder einen Mitgliedstaat zu destabilisieren, und die Art dieser Handlungen wesentliche Funktionen des Staates, einschließlich seiner territorialen Unversehrtheit, der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder des Schutzes seiner nationalen Sicherheit, gefährden könnte.

oder aus ***dem*** Hoheitsgebiet ***eines Drittlands*** und weiter an die betreffenden Außengrenzen ***oder in das Hoheitsgebiet einer oder mehrerer Mitgliedstaaten*** aktiv fördert oder erleichtert ***oder gar forciert***, wobei diese Handlungen auf die Absicht eines Drittlands ***oder eines nichtstaatlichen Akteurs*** hindeuten, die Union oder einen Mitgliedstaat zu destabilisieren, und die Art dieser Handlungen wesentliche Funktionen des Staates, einschließlich seiner territorialen Unversehrtheit, der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder des Schutzes seiner nationalen Sicherheit, gefährden könnte. ***Es empfiehlt sich, die Legaldefinition des Begriffs Instrumentalisierung in dieser Verordnung und die in der Verordnung (EU) 2016/399 des Europäischen Parlaments und des Rates[1a.] verwendete Definition aufeinander abzustimmen.***

***[1a] Verordnung (EU) 2016/399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) (ABl. L 77 vom 23.3.2016, S. 1).***

Or. en

**Änderungsantrag 2**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(1a) Fälle, in denen nichtstaatliche Akteure an organisierter Kriminalität, insbesondere an der Schleusung von Migranten, beteiligt sind, sollten nicht als Instrumentalisierung von Migranten betrachtet werden, wenn das Ziel nicht darin besteht, die Union oder einen*** |

| | |
|---|---|
| | ***Mitgliedstaat zu destabilisieren. Darüber hinaus sollten humanitäre Hilfsmaßnahmen nicht als eine Situation der Instrumentalisierung von Migranten betrachtet werden, wenn das Ziel nicht darin besteht, die Union oder einen Mitgliedstaat zu destabilisieren.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 3**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) Mit der vorliegenden Verordnung kommt die Kommission der Aufforderung des Europäischen Rates in seinen Schlussfolgerungen vom 22. Oktober 2021 nach, alle erforderlichen Änderungen am Rechtsrahmen der Union sowie konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, um eine sofortige und angebrachte Reaktion auf die hybride Bedrohung im Einklang mit Unionsrecht und internationalen Verpflichtungen sicherzustellen. Darüber hinaus trägt sie zur Schaffung eines umfassenden und dauerhaften Rahmens bei, um den betroffenen Mitgliedstaaten die erforderlichen Instrumente an die Hand zu geben, damit sie unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte und internationalen Verpflichtungen wirksam und rasch auf eine Situation der Instrumentalisierung reagieren können. | (2) Mit der vorliegenden Verordnung kommt die Kommission der Aufforderung des Europäischen Rates in seinen Schlussfolgerungen vom 22. Oktober 2021 nach, alle erforderlichen Änderungen am Rechtsrahmen der Union sowie konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, um eine sofortige und angebrachte Reaktion auf die hybride Bedrohung im Einklang mit Unionsrecht und internationalen Verpflichtungen sicherzustellen. Darüber hinaus trägt sie zur Schaffung eines umfassenden und dauerhaften Rahmens bei, um den betreffenden Mitgliedstaaten die erforderlichen Instrumente an die Hand zu geben, damit sie unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte und internationalen Verpflichtungen ***nach dem in dieser Verordnung festgelegten Verfahren*** wirksam und rasch auf eine Situation der Instrumentalisierung reagieren können. |

Or. en

**Änderungsantrag 4**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (3) Eines dieser in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Instrumente ist die Einführung eines ***Notverfahrens für das Migrations- und Asylmanagement***, das den Mitgliedstaaten den Rückgriff auf Rechtsinstrumente ermöglicht, um künftigen Situationen der Instrumentalisierung von Migranten zu begegnen. | (3) Eines dieser in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Instrumente ist die Einführung eines ***Asyl- und Rückkehrnotverfahrens***, das den Mitgliedstaaten den Rückgriff auf Rechtsinstrumente ermöglicht, um künftigen Situationen der Instrumentalisierung von Migranten zu begegnen. |

Or. en

**Änderungsantrag 5**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 4**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (4) Diese Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, insbesondere in den Artikeln 1, 4, 7, 24, 18 und 19 Absätze 2 und 2, sowie mit dem Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951 anerkannt wurden. Um insbesondere der vorrangigen Berücksichtigung des Kindeswohls, der Achtung des Familienlebens und des Schutzes der Gesundheit der betroffenen Personen Rechnung zu tragen, sieht diese Verordnung spezifische Vorschriften und Garantien für unbegleitete Minderjährige und Minderjährige und ihre Familienangehörigen sowie für Antragsteller vor, deren Gesundheitszustand eine spezifische, angemessene Unterstützung erfordert. Sofern in der vorliegenden Verordnung | (4) Diese Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, insbesondere in den Artikeln 1, 4, 7, 24, 18 und 19 Absätze 2 und 2, sowie mit dem Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951 anerkannt wurden. Um insbesondere der vorrangigen Berücksichtigung des Kindeswohls, der Achtung des Familienlebens und des Schutzes der Gesundheit der betroffenen Personen Rechnung zu tragen, sieht diese Verordnung spezifische Vorschriften und Garantien für unbegleitete Minderjährige und Minderjährige und ihre Familienangehörigen sowie für Antragsteller vor, deren Gesundheitszustand eine spezifische, angemessene Unterstützung erfordert. Sofern in der vorliegenden Verordnung |

nichts anderes bestimmt ist, sollten die Vorschriften und Garantien der Verordnung (EU) XXX/XXX[19] [Asylverfahrensverordnung] weiterhin für Personen gelten, die dem ***Notverfahren für das Asylmanagement*** unterliegen. Sofern in der vorliegenden Verordnung nichts anderes bestimmt ist, sollten die Vorschriften der Richtlinie XXX/XXX [Neufassung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen][20], einschließlich der Vorschriften über die Inhaftnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen, ab dem Zeitpunkt der Stellung eines Antrags auf internationalen Schutz weiterhin gelten.

---

[19] ABl. C … vom …, S. ….

[20] ABl. C … vom …, S. ….

nichts anderes bestimmt ist, sollten die Vorschriften und Garantien der Verordnung (EU) XXX/XXX[19] [Asylverfahrensverordnung] weiterhin für Personen gelten, die dem ***Asylnotverfahren*** unterliegen. Sofern in der vorliegenden Verordnung nichts anderes bestimmt ist, sollten die Vorschriften der Richtlinie XXX/XXX [Neufassung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen][20], einschließlich der Vorschriften über die Inhaftnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen, ab dem Zeitpunkt der Stellung eines Antrags auf internationalen Schutz weiterhin gelten.

---

[19] ABl. C … vom …, S. ….

[20] ABl. C … vom …, S. ….

Or. en

**Änderungsantrag 6**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (5) Um den mit einer Instrumentalisierung konfrontierten Mitgliedstaat beim geordneten Management der Migrationsströme zu unterstützen, sollte der betroffene Mitgliedstaat im Rahmen des ***Notverfahrens für das Asylmanagement*** beschließen können, Anträge auf internationalen Schutz im Hinblick auf Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, die nach einem unerlaubten Grenzübertritt in der Nähe der Außengrenze zu dem Drittland, das Migranten instrumentalisiert, aufgegriffen oder aufgefunden wurden oder sich an Grenzübergangsstellen gemeldet haben, nur an bestimmten Registrierungsstellen zu registrieren, die zu | (5) ***Im Falle einer Instrumentalisierung könnten an den Außengrenzen oder in Transitzonen eines Mitgliedstaats vermehrt Anträge auf internationalen Schutz gestellt werden, wobei es sich häufig um Anträge von Personen handelt, die beim unerlaubten Überschreiten der Außengrenze eines Mitgliedstaats auf dem Land-, See- oder Luftweg aufgegriffen oder nach Such- und Rettungseinsätzen ausgeschifft wurden.*** Um den mit einer ***Situation der*** Instrumentalisierung konfrontierten Mitgliedstaat bei der geordneten Steuerung der Migrationsströme zu unterstützen, sollte der betreffende Mitgliedstaat im Rahmen des ***Asylnotverfahrens*** |

diesem Zweck benannt wurden und sich in der Nähe der Grenze befinden, und eine wirksame Möglichkeit, einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen, nur an bestimmten, für diese Zwecke benannten Stellen vorzusehen, die leicht zugänglich sein sollten. Im Einklang mit Artikel 18 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und dem Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951 muss ein effektiver und echter Zugang zum Verfahren zur Gewährung internationalen Schutzes gewährleistet sein. In diesem Sinne sollte der betroffene Mitgliedstaat sicherstellen, dass zu diesem Zweck ausreichende Registrierungsstellen, zu denen auch Grenzübergangsstellen gehören können, benannt werden und geöffnet sind. Die Antragsteller sollten ordnungsgemäß darüber informiert werden, wo ihr Antrag registriert wird und gestellt werden kann.

beschließen können, Anträge auf internationalen Schutz im Hinblick auf Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, die nach einem unerlaubten Grenzübertritt ***auf dem Land-, See- oder Luftweg*** in der Nähe der Außengrenze zu dem Drittland, das Migranten instrumentalisiert, aufgegriffen oder aufgefunden ***oder nach Such- und Rettungseinsätzen ausgeschifft*** wurden oder sich an Grenzübergangsstellen gemeldet haben, nur an bestimmten Registrierungsstellen zu registrieren, die zu diesem Zweck benannt wurden und sich in der Nähe der Grenze befinden, und eine wirksame Möglichkeit, einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen, nur an bestimmten, für diese Zwecke benannten Stellen vorzusehen, die leicht zugänglich sein sollten. Im Einklang mit Artikel 18 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und dem Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951 muss ein effektiver und echter Zugang zum Verfahren zur Gewährung internationalen Schutzes gewährleistet sein. In diesem Sinne sollte der betroffene Mitgliedstaat sicherstellen, dass zu diesem Zweck ausreichende Registrierungsstellen, zu denen auch Grenzübergangsstellen gehören können, benannt werden und geöffnet sind. Die Antragsteller sollten ordnungsgemäß darüber informiert werden, wo ihr Antrag registriert wird und gestellt werden kann.

Or. en

**Änderungsantrag 7**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 6**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (6) Im Falle einer Instrumentalisierung von Migranten ist es von wesentlicher Bedeutung, die Einreise von Personen zu verhindern, die die | (6) Im Falle einer Instrumentalisierung von Migranten ist es von wesentlicher Bedeutung, die Einreise von Personen zu verhindern, die die |

Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen, und gleichzeitig den Schutz der Grundrechte zu gewährleisten. Um sicherzustellen, dass der Mitgliedstaat, der mit solch einer Situation konfrontiert ist, über die erforderliche Flexibilität verfügt, und um zu vermeiden, dass ein feindseliges Drittland bestimmte Nationalitäten oder bestimmte Kategorien von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen gezielt instrumentalisiert, sollte es dem betroffenen Mitgliedstaat mithilfe des in dieser Verordnung festgelegten ***Notverfahrens für das Migrations- und Asylmanagement*** möglich sein, im Rahmen eines Verfahrens an der Grenze gemäß Artikel 41 der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] eine Entscheidung über die Zulässigkeit und Begründetheit aller Anträge von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen auf internationalen Schutz zu treffen, die nach einem unerlaubten Grenzübertritt in der Nähe der Grenze zu dem Drittland aufgegriffen oder aufgefunden wurden oder sich an Grenzübergangsstellen gemeldet haben. Die in der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] festgelegten Grundsätze und Garantien müssen eingehalten werden.

Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen, und gleichzeitig den Schutz der Grundrechte zu gewährleisten. Um sicherzustellen, dass der Mitgliedstaat, der mit solch einer Situation konfrontiert ist, über die erforderliche Flexibilität verfügt, und um zu vermeiden, dass ein feindseliges Drittland bestimmte Nationalitäten oder bestimmte Kategorien von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen gezielt instrumentalisiert, sollte es dem betroffenen Mitgliedstaat mithilfe des in dieser Verordnung festgelegten ***Asylnotverfahrens*** möglich sein, im Rahmen eines Verfahrens an der Grenze gemäß Artikel 41 der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] eine Entscheidung über die Zulässigkeit und Begründetheit aller Anträge von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen auf internationalen Schutz zu treffen, die nach einem unerlaubten Grenzübertritt in der Nähe der Grenze zu dem Drittland aufgegriffen oder aufgefunden wurden oder sich an Grenzübergangsstellen gemeldet haben. Die in der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] festgelegten Grundsätze und Garantien müssen eingehalten werden.

Or. en

**Änderungsantrag 8**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 9**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (9) ***Im Falle einer Instrumentalisierung von Migranten sollte der betroffene Mitgliedstaat die Möglichkeit haben, Anträge auf internationalen Schutz innerhalb einer verlängerten Frist von vier Wochen zu*** | (9) ***Bei der Anwendung des Asylnotverfahrens sollten die zuständigen Behörden vorrangig die Garantien für Antragsteller mit besonderen Verfahrensbedürfnissen oder besonderen Bedürfnissen bei der Aufnahme,*** |

***registrieren. Überdies sollte es möglich sein, Anträge auf internationalen Schutz an der Grenze innerhalb einer Frist von höchsten 16 Wochen zu prüfen. Wird die Entscheidung über den Antrag, einschließlich der Entscheidung über einen möglichen Rechtsbehelf gegen eine ablehnende Entscheidung, die keine automatische aufschiebende Wirkung haben sollte, nicht innerhalb dieser 16 Wochen getroffen, so sollte die Einreise in das Hoheitsgebiet gewährt werden, es sei denn, die Person unterliegt dem Rückkehrverfahren. Diese Verfahrensfristen sollen dem betroffenen Mitgliedstaat bei der Bewältigung der Situation der Instrumentalisierung von Migranten helfen. In einer solchen Situation muss der betroffene Mitgliedstaat seine Ressourcen anders nutzen, und zwar für das Management der Drittstaatsangehörigen, die an seinen Grenzen ankommen oder sich bereits in seinem Hoheitsgebiet aufhalten. Der betroffene Mitgliedstaat benötigt in solchen Situationen daher möglicherweise Zeit, um seine Ressourcen umzuorganisieren und seine Kapazitäten zu erhöhen, wobei er auch von den Agenturen der EU unterstützt werden kann. Darüber hinaus wird die Zahl der Antragsteller im Rahmen des Verfahrens an der Grenze höher sein als unter normalen Umständen, weshalb der*** mit einer Situation der Instrumentalisierung ***konfrontierte*** Mitgliedstaat ***möglicherweise mehr Zeit für die Entscheidungsfindung benötigt, ohne die Einreise in das Hoheitsgebiet zu gestatten***. ***Jedoch sollte*** der betroffene Mitgliedstaat bei der ***Registrierung begründeten*** Anträgen ***sowie Anträgen*** von unbegleiteten Minderjährigen ***und*** Minderjährigen und ihren Familienangehörigen Vorrang einräumen.

***einschließlich gesundheitlicher Beschwerden, berücksichtigen. Daher sollte ein*** mit einer Situation der Instrumentalisierung ***konfrontierter*** Mitgliedstaat ***das Asylnotverfahren nicht durchführen bzw. sollte das Verfahren beenden, wenn gemäß Artikel 41 Absatz 9 Buchstabe c der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] medizinische Gründe für die Nichtanwendung des Grenzverfahrens vorliegen oder wenn gemäß Artikel 41 Absatz 9 Buchstabe b der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] Antragstellern mit besonderen Verfahrensbedürfnissen nicht die erforderliche Unterstützung bereitgestellt werden kann***. Der betroffene Mitgliedstaat ***sollte*** bei der ***Prüfung*** Anträgen von ***Personen mit besonderen Verfahrensbedürfnissen gemäß der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] und mit besonderen Bedürfnissen bei der Aufnahme im Sinne von [Artikel 2 Nummer 13 der Richtlinie XXX/XXX [Neufassung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen]], insbesondere von*** unbegleiteten Minderjährigen***,*** Minderjährigen und ihren Familienangehörigen***,*** Vorrang einräumen.

Or. en

**Änderungsantrag 9**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 10**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (10) Jede Art von Gewalttätigkeit an der Grenze muss unbedingt vermieden werden, nicht nur um die territoriale Unversehrtheit und Sicherheit des mit einer Instrumentalisierung konfrontierten Mitgliedstaats zu schützen, sondern auch um die Sicherheit der Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen, einschließlich der Familien und Kinder, zu gewährleisten, die auf ihre Chance warten, friedlich Asyl in der Union zu beantragen. Wenn es an den Außengrenzen des betroffenen Mitgliedstaats zu gewalttätigem Verhalten kommt, unter anderem im Zusammenhang mit Versuchen von Drittstaatsangehörigen, unter Einsatz ***unverhältnismäßiger*** Gewalt massenhaft die Grenze zu überqueren, so sollte der betroffene Mitgliedstaat in der Lage sein, im Einklang mit seinen nationalen Rechtsvorschriften die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Sicherheit, Recht und Ordnung zu wahren und die wirksame Anwendung dieser Verordnung sicherzustellen. | (10) Jede Art von Gewalttätigkeit an der Grenze muss unbedingt vermieden werden, nicht nur um die territoriale Unversehrtheit und Sicherheit des mit einer Instrumentalisierung konfrontierten Mitgliedstaats zu schützen, sondern auch um die Sicherheit der Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen, einschließlich der Familien und Kinder, zu gewährleisten, die auf ihre Chance warten, friedlich Asyl in der Union zu beantragen. Wenn es an den Außengrenzen des betroffenen Mitgliedstaats zu gewalttätigem Verhalten kommt, unter anderem im Zusammenhang mit Versuchen von Drittstaatsangehörigen, unter Einsatz ***von*** Gewalt massenhaft die Grenze zu überqueren, so sollte der betroffene Mitgliedstaat in der Lage sein, im Einklang mit seinen nationalen Rechtsvorschriften die erforderlichen ***und angemessenen*** Maßnahmen zu ergreifen, um Sicherheit, Recht und Ordnung zu wahren und die wirksame Anwendung dieser Verordnung sicherzustellen. |

Or. en

**Änderungsantrag 10**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 12**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (12) Um das ***Notverfahren für das Asylmanagement an den Außengrenzen*** zu ergänzen und vollständige Kohärenz mit diesem Verfahren zu gewährleisten, sollte den zuständigen Behörden des mit einer | (12) Um das ***Asylverfahren*** zu ergänzen und vollständige Kohärenz mit diesem Verfahren zu gewährleisten, sollte den zuständigen Behörden des mit einer Instrumentalisierung von Migranten |

Instrumentalisierung von Migranten konfrontierten Mitgliedstaats die erforderliche Flexibilität eingeräumt werden, um nach Anwendung des ***Notverfahrens für das Asylmanagement*** Rückkehrverfahren durchzuführen. Aus diesem Grund sollte es dem betroffenen Mitgliedstaat im Falle einer Instrumentalisierung gestattet sein, ***in Bezug auf Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, deren Antrag auf internationalen Schutz im Rahmen des Notverfahrens für das Asylmanagement nach dieser Verordnung abgelehnt wurde,*** von der Anwendung der Richtlinie XXX/XXX [Neufassung der Rückführungsrichtlinie][22] abzuweichen. Wird ein Folgeantrag lediglich gestellt, um die Rückkehr zu verzögern oder zu behindern, können die Mitgliedstaaten die Vorschriften der Artikel 42 und 43 der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] anwenden. ***Die Vorschriften dieser Verordnung lassen die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten unberührt, gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a der Richtlinie XXX/XXX [Neufassung der Rückführungsrichtlinie] in Bezug auf illegal aufhältige Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, die beim irregulären Überschreiten der Außengrenze eines Mitgliedstaats auf dem Land-, See- oder Luftweg aufgegriffen werden und die nicht anschließend die Genehmigung oder das Recht erhalten haben, sich in diesem Mitgliedstaat aufzuhalten, von der Anwendung der genannten Richtlinie abzuweichen.***

konfrontierten Mitgliedstaats die erforderliche Flexibilität eingeräumt werden, um nach Anwendung des ***Asylverfahrens*** Rückkehrverfahren durchzuführen***, wenn ein Antrag im Rahmen eines Verfahrens, das ohne Gewährung internationalen Schutzes beendet wurde, abgelehnt wurde***. Aus diesem Grund sollte es dem betroffenen Mitgliedstaat im Falle einer Instrumentalisierung ***und unbeschadet bestehender Rückübernahmevereinbarungen zwischen der Union und einem Drittland*** gestattet sein, von der Anwendung ***des Artikels 41a der Verordnung XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] und*** der Richtlinie XXX/XXX [Neufassung der Rückführungsrichtlinie] abzuweichen ***und stattdessen nationale Rechtsvorschriften anzuwenden, wobei Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie XXX/XXX [Neufassung der Rückführungsrichtlinie] entsprechend anzuwenden ist. Artikel 4 Absatz 4 dieser Richtlinie enthält grundlegende Garantien, die auch in diesen Fällen einzuhalten sind***. Wird ein Folgeantrag lediglich gestellt, um die Rückkehr zu verzögern oder zu behindern, können die Mitgliedstaaten die Vorschriften der ***[***Artikel 42 und 43 der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung]***]*** anwenden.

---

[22] ABl. C … vom …, S. ….

---

[22] ABl. C … vom …, S. ….

Or. en

**Änderungsantrag 11**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 14 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(14a) Im Falle einer Instrumentalisierung ist es von besonderer Bedeutung, dass alle Maßnahmen ergriffen werden, um irreguläre Sekundärmigration zu verhindern und gleichzeitig den Mitgliedstaat oder die Mitgliedstaaten, der bzw. die aufgrund einer solchen Situation mit einem Zustrom von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen konfrontiert ist bzw. sind, umfassend zu unterstützen. Ferner berührt diese Verordnung nicht die Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 12**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 18**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (18) Beantragt der betroffene Mitgliedstaat die Anwendung der einschlägigen Ausnahmeregelungen nach dieser Verordnung, ***sollte die Kommission unter Berücksichtigung***, ob der Europäische Rat festgestellt hat, dass die Union oder einer oder mehrere ihrer Mitgliedstaaten mit einer Situation der Instrumentalisierung von Migranten konfrontiert sind***, gegebenenfalls einen Vorschlag zur Ermächtigung des betreffenden Mitgliedstaates, die Ausnahmeregelungen nach dieser*** | (18) Beantragt der betroffene Mitgliedstaat ***auf der Grundlage von Nachweisen für das Vorliegen einer Instrumentalisierung*** die Anwendung der einschlägigen Ausnahmeregelungen nach dieser Verordnung, ***sollte die Kommission einen Vorschlag zur Ermächtigung eines Mitgliedstaats, die Ausnahmeregelungen nach dieser Verordnung anzuwenden, vorlegen. Die Kommission sollte auch einen solchen Vorschlag vorlegen können, wenn sie dies auf der Grundlage der von dem ersuchenden Mitgliedstaat*** |

***Verordnung anzuwenden, vorlegen. Um ein hohes Maß an politischer Kontrolle und Unterstützung zu gewährleisten und die Solidarität der Union gegenüber dem mit einer*** Instrumentalisierung von Migranten ***konfrontierten Mitgliedstaat stärker zum Ausdruck zu bringen,*** sollten dem Rat Durchführungsbefugnisse übertragen werden***. Daher sollte der*** Durchführungsbeschluss, mit dem ***die Mitgliedstaaten*** zur Anwendung ***von*** Ausnahmeregelungen ermächtigt ***werden, vom Rat angenommen werden.***

***übermittelten Informationen für angemessen hält. Um ein hohes Maß an politischer Kontrolle und Unterstützung zu gewährleisten und die Solidarität der Union zum Ausdruck zu bringen, muss darüber hinaus berücksichtigt werden***, ob der Europäische Rat festgestellt hat, dass die Union oder einer oder mehrere ihrer Mitgliedstaaten mit einer Situation der Instrumentalisierung von Migranten konfrontiert sind***. Die*** Instrumentalisierung von Migranten ***könnte die wesentlichen Funktionen eines Mitgliedstaats, einschließlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder des Schutzes seiner nationalen Sicherheit, gefährden. Daher*** sollten dem Rat Durchführungsbefugnisse übertragen werden***, um einen*** Durchführungsbeschluss, mit dem ***ein Mitgliedstaat*** zur Anwendung ***der*** Ausnahmeregelungen ***nach dieser Verordnung*** ermächtigt ***wird, anzunehmen. Der Rat sollte ferner befugt sein, die Anwendung von Ausnahmeregelungen nach dieser Verordnung auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission aufzuheben oder um bis zu sechs Monate zu verlängern, je nachdem, ob die Umstände, die die Einführung der Ausnahmeregelungen gerechtfertigt haben, weiterhin bestehen oder beendet sind. Ein Verlängerungsbeschluss kann Änderungen an den angewendeten Ausnahmeregelungen beinhalten. Bei der Ausübung ihrer Befugnisse und der Wahrnehmung ihrer Zuständigkeiten sollten die Kommission und der Rat jederzeit sicherstellen, dass das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird.***

Or. en

**Änderungsantrag 13**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 18 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(18a) Ein Durchführungsbeschluss des Rates sollte nur in bestimmten Fällen erforderlich sein, insbesondere wenn die Instrumentalisierung eine Notlage darstellt, die durch das Anfachen irregulärer Migration in die Union gekennzeichnet ist und die aufgrund ihrer Natur oder in Kombination mit anderen hybriden Angriffen eine Gefahr für die wesentlichen Funktionen des Staates, einschließlich seiner territorialen Unversehrtheit, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder den Schutz seiner nationalen Sicherheit darstellen könnte, oder wenn die Instrumentalisierung eine Notlage darstellt, die durch einen unerwarteten erheblichen Anstieg der Asylanträge an der Außengrenze gekennzeichnet ist.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 14**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 19**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (19) Der Durchführungsbeschluss des Rates sollte eine Genehmigung der spezifischen Ausnahmeregelungen, die der mit einer Instrumentalisierung von Migranten konfrontierte Mitgliedstaat anwenden könnte, sowie deren Anwendungsbeginn und Dauer beinhalten. | (19) Der Durchführungsbeschluss des Rates sollte eine Genehmigung der spezifischen Ausnahmeregelungen, die der mit einer Instrumentalisierung von Migranten konfrontierte Mitgliedstaat anwenden könnte, sowie deren Anwendungsbeginn und Dauer beinhalten. ***Darüber hinaus sollte dieser Beschluss die ihm zugrunde liegenden Gründe und den persönlichen Geltungsbereich der Ausnahmeregelungen enthalten.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 15**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 20**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (20) Um den betroffenen Mitgliedstaat bei der Bereitstellung der erforderlichen Hilfe für Drittstaatsangehörige, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, unter anderem durch die Förderung von Maßnahmen zur freiwilligen Rückkehr oder durch die Wahrnehmung ihrer humanitären Aufgaben, sollten die Agenturen der Vereinten Nationen und andere einschlägige Partnerorganisationen, insbesondere die Internationale Organisation für Migration und die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, unter den in der Richtlinie (EU) XXX/XXX [Neufassung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen] und der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] festgelegten Bedingungen effektiven Zugang zur Grenze haben. ***Gemäß der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] sollte*** dem Hohen Kommissar ***der Vereinten Nationen*** für Flüchtlinge der Zugang zu Antragstellern, auch zu denen an der Grenze, gewährt werden. Zu diesem Zweck sollte der betroffene Mitgliedstaat ***eng*** mit ***den Agenturen der Vereinten Nationen und einschlägigen Partnerorganisationen*** zusammenarbeiten. | (20) Um den betroffenen Mitgliedstaat bei der Bereitstellung der erforderlichen Hilfe für Drittstaatsangehörige ***oder Staatenlose***, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, unter anderem durch die Förderung von Maßnahmen zur freiwilligen Rückkehr oder durch die Wahrnehmung ihrer humanitären Aufgaben, ***zu unterstützen,*** sollten die Agenturen der Vereinten Nationen***, insbesondere das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen,*** und andere ***von den Mitgliedstaaten mit spezifischen Aufgaben betraute,*** einschlägige Partnerorganisationen, insbesondere die Internationale Organisation für Migration und die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, unter den in der Richtlinie (EU) XXX/XXX [Neufassung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen] und der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] festgelegten Bedingungen effektiven Zugang zur Grenze haben. Dem Hohen Kommissar für Flüchtlinge ***sollte*** der Zugang zu Antragstellern, auch zu denen an der Grenze, gewährt werden. Zu diesem Zweck sollte der betroffene Mitgliedstaat ***durchgehend*** mit ***diesen Organisationen*** zusammenarbeiten. |

Or. en

**Änderungsantrag 16**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 1 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Diese Verordnung enthält spezifische Vorschriften, die von den Bestimmungen der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung], der Richtlinie (EU) XXX/XXX [Neufassung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen] und der Richtlinie (EU) XXX/XXX [Neufassung der Rückführungsrichtlinie] abweichen und von einem Mitgliedstaat im Falle einer Instrumentalisierung ***von Migranten*** im Sinne von ***[Artikel 2 Nummer 27] des Schengener Grenzkodexes*** angewandt werden können, wenn dies zur Reaktion auf eine solche Situation erforderlich ist. Sie enthält ferner spezifische Vorschriften für Unterstützungs- und Solidaritätsmaßnahmen, die in einer solchen Situation ergriffen werden können. | ***(1)*** Diese Verordnung enthält spezifische Vorschriften, die ***ausnahmsweise*** von den Bestimmungen der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung], der Richtlinie (EU) XXX/XXX [Neufassung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen] und der Richtlinie (EU) XXX/XXX [Neufassung der Rückführungsrichtlinie] abweichen und von einem Mitgliedstaat im Falle einer Instrumentalisierung im Sinne von ***Absatz 1a*** angewandt werden können, wenn dies zur Reaktion auf eine solche Situation erforderlich ***und verhältnismäßig*** ist. Sie enthält ferner spezifische Vorschriften für Unterstützungs- und Solidaritätsmaßnahmen, die in einer solchen Situation ergriffen werden können. |

Or. en

**Änderungsantrag 17**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 1 – Absatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(1a) Eine Situation der Instrumentalisierung von Migranten bezeichnet eine Situation, in der ein Drittland oder ein nichtstaatlicher Akteur Reisen von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen an die Außengrenzen im Sinne von Artikel 2 Nummer 2 der Verordnung (EU) 2016/0399 oder in einen Mitgliedstaat fördert oder erleichtert, um die Union oder einen Mitgliedstaat zu destabilisieren, und*** |

| | |
|---|---|
| | ***solche Handlungen wesentliche Funktionen eines Mitgliedstaats, einschließlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder des Schutzes seiner nationalen Sicherheit, gefährden könnten.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 18**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Im Falle einer Instrumentalisierung ***von Migranten gemäß Artikel 1*** kann der Mitgliedstaat, der ***aufgrund einer solchen Situation an seiner Außengrenze*** mit ***einen*** Zustrom von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen konfrontiert ist, in Bezug auf Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, die in der Nähe der Außengrenze ***zu dem Drittstaat, der Migranten*** in Verbindung mit einem unerlaubten Grenzübertritt ***instrumentalisiert,*** aufgegriffen oder aufgefunden werden oder die sich an Grenzübergangsstellen gemeldet haben, ***nach dem Verfahren des Artikels 6*** eine oder mehrere der folgenden Ausnahmeregelungen anwenden: | (1) Im Falle einer Instrumentalisierung kann der Mitgliedstaat, der mit ***einem*** Zustrom von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen konfrontiert ist, in Bezug auf Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, die ***instrumentalisiert werden und die entweder*** in der Nähe der Außengrenze in Verbindung mit einem unerlaubten Grenzübertritt ***auf dem Land-, See- oder Luftweg*** aufgegriffen oder aufgefunden werden***, die nach Such- und Rettungseinsätzen ausgeschifft wurden*** oder die sich an Grenzübergangsstellen gemeldet haben, eine oder mehrere der folgenden Ausnahmeregelungen anwenden: |

Or. en

**Änderungsantrag 19**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe a – Unterabsatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Bei der Anwendung dieser Ausnahmeregelung registriert der betroffene Mitgliedstaat vorrangig | Bei der Anwendung dieser Ausnahmeregelung registriert der betroffene Mitgliedstaat vorrangig ***die*** |

| | |
|---|---|
| Anträge***, die wahrscheinlich begründet sind,*** sowie Anträge von unbegleiteten Minderjährigen ***und von*** Minderjährigen und ihren Familienangehörigen. | Anträge ***von Personen mit besonderen Bedürfnissen bei der Aufnahme im Sinne der [Neufassung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen]*** sowie Anträge von unbegleiteten Minderjährigen***,*** Minderjährigen und ihren Familienangehörigen. ***Der betroffene Mitgliedstaat kann bei der Registrierung auch Anträgen, die wahrscheinlich begründet sind, Vorrang einräumen.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 20**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe b – Unterabsatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) Er entscheidet abweichend von Artikel 41 Absatz 2 Buchstaben a und b ***und*** Artikel 41 Absatz 5 der Verordnung (EU) XXX/XXX [***geänderte*** Asylverfahrensverordnung] an ***seinen Grenzen*** oder in ***seinen*** Transitzonen über die Zulässigkeit und Begründetheit aller innerhalb des Zeitraums, in dem dieser Buchstabe angewendet wird, registrierten Anträge. | b) Er entscheidet abweichend von ***[***Artikel 41 Absatz 2 Buchstaben a und b***,*** Artikel 41 Absatz 5 ***und Artikel 41 Absatz 9 Buchstabe a*** der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] ***und im Einklang mit Artikel 41 Absätze 13 und 14 dieser Verordnung]*** an ***den Standorten an der Außengrenze, in der Nähe der Außengrenze*** oder in Transitzonen ***oder, wenn der betroffene Mitgliedstaat sie an diesen Orten nicht unterbringen kann, an anderen benannten Orten in seinem Hoheitsgebiet*** über die Zulässigkeit und Begründetheit aller innerhalb des Zeitraums, in dem dieser Buchstabe angewendet wird, registrierten Anträge ***von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen***. |

Or. en

**Änderungsantrag21**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe b – Unterabsatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Bei der Anwendung dieser Ausnahmeregelung prüft der betroffene Mitgliedstaat vorrangig Anträge auf internationalen Schutz***, die wahrscheinlich begründet sind,*** sowie Anträge von unbegleiteten Minderjährigen und von Minderjährigen und ihren Familienangehörigen. | Bei der Anwendung dieser Ausnahmeregelung prüft der betroffene Mitgliedstaat vorrangig Anträge auf internationalen Schutz ***von Personen mit besonderen Verfahrensbedürfnissen und besonderen Bedürfnissen bei der Aufnahme im Sinne der [Neufassung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen und der Asylverfahrensverordnung]*** sowie Anträge von unbegleiteten Minderjährigen und von Minderjährigen und ihren Familienangehörigen. ***Der betroffene Mitgliedstaat kann bei der Prüfung auch Anträgen auf internationalen Schutz, die wahrscheinlich begründet sind, Vorrang einräumen.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 22**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) Abweichend von Artikel 41 Absatz 11 der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] ***beträgt die Höchstdauer des Notverfahrens für das Asylmanagement*** für die Prüfung von Anträgen, die innerhalb des Zeitraums, in dem ***dieser Buchstabe*** angewendet wird, registriert wurden, ***16*** Wochen***. Nach Ablauf dieser Frist wird dem Antragsteller, sofern er nicht dem Rückkehrverfahren nach Artikel 4 unterliegt, gestattet, für den Abschluss des Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats einzureisen***. | c) Abweichend von ***[***Artikel 41 Absatz 11 der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung]***] ist die Dauer des Asylnotverfahrens*** für die Prüfung von Anträgen, die innerhalb des Zeitraums, in dem ***die Ausnahmeregelung gemäß diesem Buchstaben*** angewendet wird, registriert wurden, ***so kurz wie möglich und beträgt, einschließlich des Rechtsbehelfs, höchstens 20*** Wochen ***und beginnt mit dem Datum der Registrierung des Antrags***. |

Or. en

**Änderungsantrag 23**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ca) Abweichend von [Artikel 12 Absatz 5 der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung]] kann auf die persönliche Anhörung verzichtet werden, wenn die Asylbehörde anhand der verfügbaren Beweismittel eine positive Entscheidung im Hinblick auf den subsidiären Schutzstatus treffen kann.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 24**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 1 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***Im Falle einer*** Instrumentalisierung ***von Migranten kann der Mitgliedstaat, der infolge einer Instrumentalisierung von Migranten*** mit einem Zustrom von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen an seiner Außengrenze konfrontiert ist, ***im Einklang mit dem Verfahren des Artikels 6*** in Bezug auf Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, die ***die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen*** und deren Anträge ***im Rahmen des Notverfahrens für das Asylmanagement an der Grenze gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben b und c*** abgelehnt wurden und die kein Recht auf Verbleib haben und denen der Verbleib nicht gestattet wird, beschließen, Artikel 41a der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] ***und die Richtlinie XXX/XXX*** [Neufassung | ***Der Mitgliedstaat, der mit einer Situation der*** Instrumentalisierung ***und infolgedessen*** mit einem Zustrom von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen an seiner Außengrenze konfrontiert ist, ***kann*** in Bezug auf Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, die ***instrumentalisiert werden und die entweder in der Nähe der Außengrenze aufgegriffen oder aufgefunden werden oder die sich an Grenzübergangsstellen gemeldet und internationalen Schutz beantragt haben*** und deren Anträge ***in der Folge*** abgelehnt wurden und die kein Recht auf Verbleib haben und denen der Verbleib nicht gestattet wird, beschließen, Artikel 41a der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] ***oder*** [***die*** Neufassung der Rückführungsrichtlinie] nicht anzuwenden ***und stattdessen*** |

| | |
|---|---|
| der Rückführungsrichtlinie] nicht anzuwenden. ***Macht der betroffene Mitgliedstaat von dieser Ausnahmeregelung Gebrauch, so*** | ***nationale Rechtsvorschriften anzuwenden, wobei Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie XXX/XXX [Neufassung der Rückführungsrichtlinie] entsprechend anzuwenden ist***. |

Or. en

**Änderungsantrag 25**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 5 – Absatz 1 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Ist ein Mitgliedstaat mit einer Situation der Instrumentalisierung ***von Migranten*** konfrontiert, so kann er andere Mitgliedstaaten zur Bewältigung dieser Situation um Unterstützungs- und Solidaritätsmaßnahmen ersuchen. ***Unterstützungs-*** und Solidaritätsmaßnahmen zugunsten eines mit einer Instrumentalisierung ***von Migranten*** konfrontierten Mitgliedstaats können folgende Arten von Beiträgen umfassen: | (1) Ist ein Mitgliedstaat mit einer Situation der Instrumentalisierung konfrontiert, so kann er andere Mitgliedstaaten zur Bewältigung dieser Situation um Unterstützungs- und Solidaritätsmaßnahmen ersuchen ***und die Art der erforderlichen Unterstützungs- und Solidaritätsmaßnahmen angeben***. ***Die Unterstützung von anderen Mitgliedstaaten*** und ***die*** Solidaritätsmaßnahmen zugunsten eines mit einer Instrumentalisierung konfrontierten Mitgliedstaats ***sind freiwillig und*** können folgende Arten von Beiträgen umfassen: |

Or. en

**Änderungsantrag 26**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 7 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Ein Mitgliedstaat, der ***infolge einer*** Instrumentalisierung ***von Migranten mit einem Zustrom von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen an seiner Außengrenze*** konfrontiert ist, | (1) Ein Mitgliedstaat, der ***mit einer Situation der*** Instrumentalisierung konfrontiert ist, kann ***angesichts dieser Situation*** um die Genehmigung der Anwendung der in den Artikeln 2, 3 ***oder*** 4 |

| | |
|---|---|
| kann um die Genehmigung der Anwendung der in den Artikeln 2, 3 ***und*** 4 vorgesehenen Ausnahmeregelungen ersuchen. | vorgesehenen Ausnahmeregelungen ersuchen. |

Or. en

**Änderungsantrag 27**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 7 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) ***Hält die*** Kommission ***dies auf der Grundlage der von dem ersuchenden, mit*** einer Instrumentalisierung ***konfrontierten Mitgliedstaats vorgelegten Informationen für angemessen***, so legt sie unverzüglich einen Vorschlag für einen Durchführungsbeschluss des Rates nach Absatz 3 vor. | (2) ***Legt der ersuchende Mitgliedstaat der*** Kommission ***Nachweise für das Vorliegen*** einer Instrumentalisierung ***vor***, so legt sie ***auf der Grundlage dieser Nachweise*** unverzüglich einen Vorschlag für einen Durchführungsbeschluss des Rates nach Absatz 3 vor. ***Die Kommission kann einen solchen Vorschlag auch vorlegen, wenn sie dies auf der Grundlage der von dem ersuchenden Mitgliedstaat übermittelten Informationen und jeglicher anderen ihr verfügbaren Informationen für angemessen hält.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 28**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 7 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (3) Der Rat prüft ***diesen*** Vorschlag vordringlich und erlässt einen Durchführungsbeschluss zur Ermächtigung des betreffenden Mitgliedstaats, die spezifischen Ausnahmeregelungen nach den Artikeln 2, 3 ***und*** 4 anzuwenden. | (3) Der Rat prüft ***den*** Vorschlag vordringlich und erlässt ***je nach dem Ergebnis dieser Prüfung*** einen Durchführungsbeschluss zur Ermächtigung des betreffenden Mitgliedstaats, die spezifischen Ausnahmeregelungen nach den Artikeln 2, 3 ***oder*** 4 anzuwenden. |

Or. en

**Änderungsantrag 29**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 7 – Absatz 4**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (4) In dem Durchführungsbeschluss des Rates nach Absatz 3 werden der Tag, ab dem die Regelungen nach den Artikeln 2, 3 ***und*** 4 angewendet werden dürfen, sowie der Zeitraum für ihre Anwendung, der zunächst sechs Monate nicht überschreiten darf, festgelegt. | (4) In dem Durchführungsbeschluss des Rates nach Absatz 3 ***sind die ihm zugrunde liegenden Gründe anzugeben,*** werden der Tag, ab dem die Regelungen nach den Artikeln 2, 3 ***oder*** 4 angewendet werden dürfen, sowie der Zeitraum für ihre Anwendung, der zunächst sechs Monate nicht überschreiten darf, festgelegt ***und wird präzisiert, um welche von der Instrumentalisierung betroffenen Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen es sich handelt***. |

Or. en

**Änderungsantrag 30**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 7 – Absatz 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (5) Die Kommission ***überwacht und überprüft*** die Situation***, in der Migranten instrumentalisiert werden,*** fortlaufend. Wenn die Kommission es für angemessen hält, kann sie die Aufhebung des in Absatz 3 genannten Durchführungsbeschlusses des Rates oder die Annahme eines neuen Durchführungsbeschlusses des Rates zur ***Verlängerung der Anwendung*** der in den Artikeln 2, 3 ***und*** 4 genannten spezifischen Ausnahmeregelungen für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten vorschlagen. Der betroffene Mitgliedstaat übermittelt | (5) Die Kommission ***und der Rat überwachen und überprüfen*** die Situation ***der Instrumentalisierung*** fortlaufend. Wenn die Kommission es ***auf der Grundlage relevanter Informationen*** für angemessen hält, kann sie die Aufhebung des in Absatz 3 genannten Durchführungsbeschlusses des Rates oder die Annahme eines neuen Durchführungsbeschlusses des Rates zur ***Änderung*** der in den Artikeln 2, 3 ***oder*** 4 genannten spezifischen Ausnahmeregelungen ***oder zu ihrer Verlängerung*** für einen ***zusätzlichen*** |

| | |
|---|---|
| der Kommission die für diese Überprüfung und für den Vorschlag zur Aufhebung oder Verlängerung des Beschlusses erforderlichen spezifischen sowie alle sonstigen Informationen, die die Kommission gegebenenfalls anfordern kann. | Zeitraum von höchstens sechs Monaten vorschlagen. ***Legt der ersuchende Mitgliedstaat der Kommission Nachweise für das Fortbestehen der Instrumentalisierung vor, so legt sie auf der Grundlage dieser Nachweise einen Vorschlag für einen neuen Durchführungsbeschluss des Rates vor, um die in den Artikeln 2, 3 oder 4 genannten spezifischen Ausnahmeregelungen zu ändern oder für einen zusätzlichen Zeitraum von höchstens sechs Monaten zu verlängern.*** Der betroffene Mitgliedstaat übermittelt der Kommission die für diese Überprüfung und für den Vorschlag zur Aufhebung oder Verlängerung des Beschlusses erforderlichen spezifischen sowie alle sonstigen Informationen, die die Kommission gegebenenfalls anfordern kann. |
| | Or. en |

**Änderungsantrag 31**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 7 – Absatz 5 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(5a) Die Mitgliedstaaten wenden in Bezug auf Antragsteller, deren Anträge auf internationalen Schutz innerhalb des Zeitraums, in dem die Ausnahmen angewendet werden dürfen, registriert wurden, höchstens für den in Artikel 2 genannten Zeitraum die verfahrenstechnischen Ausnahmeregelungen des in Absatz 3 genannten Durchführungsbeschlusses des Rates so lange weiter an, bis über ihren Antrag endgültig entschieden ist oder bis die betreffenden Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen gemäß Artikel 4 rückgeführt werden.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 32**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 7 – Absatz 5 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(5b) Bei der Ausübung ihrer Befugnisse und der Wahrnehmung ihrer Zuständigkeiten gemäß dem vorliegenden Artikel stellen die Kommission und der Rat jederzeit sicher, dass das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 33**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 8 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) Der mit einer Instrumentalisierung ***von Migranten*** konfrontierte Mitgliedstaat ***stellt eine enge Zusammenarbeit*** mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und einschlägigen Partnerorganisationen ***sicher, um die Modalitäten für die Unterstützung von in der Instrumentalisierungssituation befindlichen Antragstellern*** im Einklang mit ***den Bestimmungen dieses Kapitels*** sowie der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] und der Richtlinie XXX/XXX [Neufassung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen] ***festzulegen***. | (2) Der mit einer Instrumentalisierung konfrontierte Mitgliedstaat ***arbeitet eng*** mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und ***anderen*** einschlägigen Partnerorganisationen***, die*** im Einklang mit ***diesem Kapitel*** sowie der Verordnung (EU) XXX/XXX [Asylverfahrensverordnung] und der Richtlinie XXX/XXX [Neufassung der Richtlinie über Aufnahmebedingungen] ***von den Mitgliedstaaten mit spezifischen Aufgaben betraut wurden, zusammen***. |

Or. en